

# „Sechs Bundesländer reichen“

**Lübecker Nachrichten:** Sie sind in der CDU, und die will die Medizin-Uni in Lübeck dicht machen. Ihr Kommentar?

**Frank Sauter:** Das ist ein riesiger Fehler! Weil damit eine Lebensader dieser Stadt unwiederbringlich zerstört werden würde. Es ist aber auch ein strategischer Fehler aus Sicht der Landesregierung. Denn sie wird sich damit auf lange Zeit politisch isolieren. Außerhalb der Landesregierung vertritt kein Mensch – jedenfalls keiner, den ich kenne – die Argumentation der Landesregierung. Ich habe die Hoffnung, dass die Landesregierung die nächsten Wochen nutzt, ihren Beschluss zu korrigieren.

**LN:** Das macht aber nicht den Anschein. Minister de Jager tritt sehr entschlossen auf.

**Sauter:** De Jager muss die Linie der Regierung halten. Immerhin hat sie ihr eigenes Schicksal davon abhängig gemacht, dass diese Beschlüsse von CDU und FDP im Landtag getragen werden. Das halte ich ebenfalls für einen politischen Fehler – angesichts der Tatsache, dass die Landesregierung im Vorwege nicht den Sachverstand der Uni Lübeck und der Wirtschaft genutzt hat.

**LN:** Haben Sie Carstensen oder de Jager gesagt, dass Sie ihre Beschlüsse für einen Fehler halten?

**Sauter:** Öffentlich habe ich es mehrfach gesagt. Meine direkte Kommunikation zu beiden ist ausgedehnt begrenzt.

**LN:** Hat Lübeck zu wenig Lobbyarbeit in Kiel gemacht?

**Sauter:** Nein, das glaube ich nicht. Es ist eher umgekehrt. Die gesellschaftliche Einbindung in Landespolitik ist natürlich für den Unistandort Kiel einfacher als für Lübeck. In Kiel sitzt die Ministerialbürokratie, die zum großen Teil an der Kieler Uni studiert hat. Man kennt sich, man trifft sich auf dem gesellschaftlichen Parkett. Lübeck ist – gerade bei der Hochschule – die schöne, begehrenswerte Tochter, die vielleicht auch Rivalität und Missgunst in Kiel ausgelöst hat.

**LN:** Sie waren finanzpolitischer Sprecher der CDU. Wo würden Sie sparen? Kurz und knapp.

**Sauter:** Ich würde beim Personal sparen, nicht am Personal. Denn im öffentlichen Dienst verdient man nicht zu viel, sondern es gibt zu viele Mitarbeiter. In den nächsten Jahren haben wir eine große Pensionierungswelle im Bereich der Verwaltung, die man nutzen muss durch weniger Wiederbesetzung. Wir müssen uns fragen: Wie viel Personal können wir uns leisten? Um dann zu sehen, welche Aufgaben wir mit dem reduzierten Perso-



Er fordert den Umbau des Staates, kritisiert die Landesregierung und wirft Ministerpräsident Carstensen und Minister de Jager (beide CDU) falsche Politik vor. Lübecks CDU-Kreischef Frank Sauter hört auf.

Entspannt in seinem Büro: Frank Sauter (51) tritt nach 16 Jahren nicht mehr für das Amt des Kreischefs an – und will auch nicht mehr für den Landtag kandidieren. Dennoch treibt ihn die große Politik in Land und Bund weiter um. Foto: DIRK HOURTICOLON

nalbestand noch bewältigen können. Der Abbau von 5000 Beamtenstellen, den die Landesregierung jetzt umsetzen will, ist ein Vorschlag, den ich in der letzten Legislaturperiode unterbreitet habe. Es hat zwei Jahre gebraucht, um die Landesregierung davon zu überzeugen.

**LN:** Das reicht aber nicht.

**Sauter:** Stimmt. Das ist mein großer Vorwurf an die Haushaltsstrukturkommission: Haushalts-sanierung funktioniert nicht, wenn man sich nur die Ausgabenseite ansieht. Das hat man aber jetzt bei der Lübecker Uni getan. Das ist eine Eindimensionalität, mit der man der Haushaltspolitik und dem Land nicht gerecht wird. Wenn man auf der einen Seite nur Ausgaben sieht und diese kürzt und dabei einen wesentlich größeren Schaden beim Steueraufkommen und bei der Kaufkraft von Mitarbeitern hinnimmt, dann läuft das nicht nur ins Leere, sondern verursacht auch noch großen Schaden. Die Landesregierung nimmt Lübeck die Möglichkeit, von zukünftigen Aufschwüngen zu profitieren – und das in der Medizin-Branche, von der wir wissen, dass sie wachsen wird. Was heute an Strukturen zerstört wird, kommt nie wieder.

**LN:** Es gibt Kritiker, die sagen: Lübeck soll nach Mecklenburg-Vorpommern wechseln.

**Sauter:** Ich glaube, dass wir in einem relativ überschaubaren Zeitraum das gesamte Staatswesen reformieren müssen.

**LN:** Das heißt konkret?

**Sauter:** Das heißt, dass wir die Anzahl der Bundesländer dramatisch reduzieren müssen. Ich glaube, dass wir mit sechs bis acht Bundesländern ausreichend Föderalismus gewährleisten können. Die Frage ist nur, ob die Politik die Diskussion selbst aufnimmt und gestaltet – oder ob die Politik noch zwei, drei, vier Jahre abwartet. Dann muss sie unkoordiniert unter schwerstem Druck reagieren, weil die Bevölkerung die Sparbeschlüsse einfach nicht mehr akzeptieren kann. Es ist unverstänglich, dass die Politik diese Fragen nicht bereits jetzt offensiv angeht, obwohl sie weiß, dass dort die Einsparpotenziale liegen!

**LN:** Glauben Sie wirklich, dass die Bevölkerung eine Reform der Bundesländer erzwingt?

**Sauter:** Lassen Sie mich das so sagen: Die Staatsverschuldung in Deutschland ist das größte Stabilitätsproblem. Wir können nicht mehr die Politik des locke-

ren Geldes machen. In Schleswig-Holstein sehen wir es besonders deutlich, dass man die Haushaltsproblematik definitiv nicht mit dem Reduzieren von Ausgaben lösen kann. Das habe ich Carstensen mehrfach gesagt. Ich habe nicht den Eindruck, dass er diese Auffassung teilt. Wenn schon im ersten Schritt der Einsparung bereits der beste Uni-Standort Deutschlands geschlossen werden soll, weil das Land Geld sparen will – dann frage ich mich: Was ist im zweiten, dritten oder vierten Schritt noch an Einsparpotenzial da?

**LN:** Was ist angesagt?

**Sauter:** Das große politische Ziel muss die Abschaffung von Doppelstrukturen sein – von Gerichten, Landesämtern, Verwaltungen, Parlamenten und Regierungen. Und zwar weit über das hinausgehend, was man bisher „Nordstaat-Debatte“ nannte. Wir müssen zu einer Neuordnung unseres Staates kommen. Die Diskussion muss man jetzt führen – und nicht irgendwann!

**LN:** Die Landesregierung will ja bei sich selbst sparen...

**Sauter:** Die Leute haben das doch gar nicht zur Kenntnis genommen oder machen darüber Witze. Ein Ministerpräsident,

der 62 Jahre alt ist, setzt das Pensionsalter für Ministerpräsidenten auf 62 Jahre... Der Grundgedanke ist zwar richtig, dass der Staat bei sich selbst anfangen muss zu sparen – aber das soll man doch nicht mit kosmetischen Sachen machen, deren Wirkung zudem umstritten ist.

**LN:** Wie sieht die Zukunft der CDU geführten Landesregierung aus?

**Sauter:** Die Landesregierung hat die Chance, erfolgreich zu sein, wenn sie sich zu Fehlern bekennt, die sie gemacht hat. Stichwort: Uni Lübeck. Sie hat aber nicht viel Zeit. Der Erosionsprozess an der Uni hat schon begonnen. Wenn die Landesregierung ihre Chance jetzt verpasst, in den nächsten Wochen eine Lösung zu finden, so dass die Medizinerbildung in Lübeck bleiben kann, dann wird sie die Zustimmung in der Region verlieren – immerhin in einem Viertel Schleswig-Holsteins. Mehr noch: Aus Fassungslosigkeit wird breite Ablehnung. Dann wird es außerordentlich fragwürdig, ob die CDU auf absehbare Zeit noch Wahlen in Schleswig-Holstein gewinnen kann. Davon bin ich überzeugt. Die Regierung befindet sich am Scheideweg. Interview: J. v. Zastrow